

Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat Leonberg

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltsplanentwurf für 2023

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Schmid
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Vor einem Jahr haben wir den Haushalt 2022 diskutiert. Der zweite Haushalt in Coronazeiten. Und eigentlich hatte Corona weniger Auswirkungen auf die Finanzen als befürchtet. Jedenfalls war die Aussicht auf die kommenden Jahre von einigem Optimismus geprägt. Und heute im Herbst 2022: Galoppierende Preise, Inflation über 10%, Energieversorgungskrise und eine verunsicherte Gesellschaft, kurz etwas, was man vor einem Jahr nicht für möglich gehalten hätte.

„Business as usual“, das wollten wir 2021 nicht! Aber heute können wir diesen Gedanken, oder besser diesen einfachen Weg, getrost zu den Akten legen. Wir sind global in eine neue Zeitepoche transformiert worden, die andere Antworten für eine nachhaltige und sichere Zukunft fordert.

Lassen Sie mich deshalb den grünen Weg am Beispiel des aktuellen Haushaltsentwurfes skizzieren.

Tübingen und Boris Palmer können auch für Leonberg ein Vorbild sein: Unter dem Slogan „Tübingen macht blau“ hatte der dortige OB schon vor Jahren die Energiewende und den Klimaschutz vorgebracht; 2019 hat dann der Gemeinderat die Klimaneutralität bis 2030 beschlossen. Genau da wollen wir als Leonberger Grüne auch hin: Leonberg wird klimaneutral bis 2030!

Wo stehen wir im Klimaschutz und in der Energieversorgung

Aufgewacht und auf dem richtigen Weg, ja das sind wir, aber noch meilenweit von der eigenen Zielsetzung entfernt. Es braucht mehr Tempo und mehr entschlossenes Handeln. Sie erinnern sich, im Juni 2021 hat dieser Gemeinderat erklärt, es gibt eine weltweite KLIMANOTLAGE. Diese plakative Initiative braucht eine konkrete Handlungsoffensive. Nach langer Diskussion, wir haben einen Klimamanager an Bord. Er wird den Prozess für ein Qualitätssiegel im Energiebereich vorantreiben und auch der Ansprechpartner für alle Themen zu Energie und Klima sein.

Ein ausdrückliches Lob noch von unserer Seite, dass die Sanierung der Grundschule Höfingen in einem ganzheitlichen Konzept mit hohem Energiesparpotential angegangen wird. Dies gilt auch für die PV-Anlage an der Kläranlage, welche über Leo-Energie in Zusammenarbeit mit der ENBW erfolgt.

Welche konkreten Schritte planen wir?

Wir sind uns bewusst, dass diese besondere Zeit Maßnahmen erfordert, die keinesfalls unserem grünen Verständnis entspricht. Atomkraftwerke in die Verlängerung schicken, fossile Kraftwerke zu reaktivieren, das ist als Notprogramm in einer Übergangszeit notwendig. Umso wichtiger wird es in der hoffentlich ruhigeren Zeit danach mit Verve den Ausbau der Erneuerbaren, den Stopp der Treibhausgasemissionen und die Klimaresilienz der Stadt voranzubringen.

Neben unserem Leitantrag „**Leonberg klimafest machen**“, stellen wir Anträge zum Ausbau der kommunalen PV-Anlagen. Bis 2030 soll in der Bilanz der Verbrauch städtischer Einrichtungen durch die städtischen PV-Anlagen gedeckt sein. Die energetische Sanierung städtischer Gebäude wollen wir forcieren. Für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt wollen wir die Energieberatung weiter ausbauen und dabei auch in Abstimmung mit der Kommunalen Energieagentur im Kreis und der Lokalen Agenda vor Ort agieren. Energetische Dachsanierungen sollen unterstützt werden.

Die Auswirkungen des Klimawandels haben wir dieses Jahr deutlich spüren können. Wir wollen deshalb öffentliche Trinkbrunnen in der Innenstadt. Ein Hitzeaktionsplan soll in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren in Pflege und Gesundheit sowie dem Klimamanager und der Stabsstelle für Bevölkerungsschutz sich um den Schutz der besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen kümmern. Das betrifft in der Leonberger Innenstadt mehrere Altenhilfeeinrichtungen und Schulen.

Mobilität

Neue Formen der Mobilität fordern wir nicht erst, seit die Benzinpreise bei über 2 Euro liegen. Unser Ziel mehr Rad- und Fußwege, ein besserer ÖPNV. Das bringt auch mehr Lebensqualität in die öffentlichen Räume. Eine Umweltpur vom Rathaus über die Brennerstraße wollen wir weiterentwickeln. Die Ergebnisse dieses Verkehrsversuches bestätigen die vorausgegangene Modellsimulation. Auch eine reduzierte Fahrspur bringt keine relevanten Verkehrsbehinderungen für die Autofahrer. Stausituationen sind - mit Ausnahme bei Autobahnunfällen- ausgeblieben. Für Radfahrer braucht es allerdings Verbesserungen, um die künftige Umweltpur wirklich attraktiv zu machen. Zu viele Unterbrechungen und Einzelstücke und keine Abstimmung mit den Ampelanlagen und insbesondere die Kreuzung am Neuköllner Platz müssen auf den Prüfstand.

Der fehlende Radweg an der Ditzinger Straße birgt nicht nur ein erhebliches Unfallrisiko. Es ist auch unseren Nachbarstädten nicht vermittelbar, warum dieser Lückenschluss in Leonberg nicht umgesetzt wird. Wir möchten eine schnellstmögliche Realisierung und, wo von Seiten der Grundstückseigentümer die Mitwirkungsbereitschaft fehlt, auch eine reduzierte Fahrbahnbreite.

Unsere Anträge im Bereich Mobilität zielen auf die modellhafte Verbesserung der Bushaltestellen in den Teilorten. Sozusagen ein facelift, das die Motivation zum Umstieg auf den ÖPNV fördern soll. Die bessere Anbindung des neuen Parks auf der ehemaligen Autobahntrasse wie die Beschilderung an Wegen sind uns ein Thema. Als eher kleineres Förderprogramm wollen wir die Elektromobilität bei Lastenrädern verstehen, sowie die Unterstützung der vorgelagerten Ladeinfrastruktur wie Leerrohre oder Kabeltrassen.

Stadtentwicklung

Alles was zur Daseinsvorsorge gehört, muss in kommunaler Hand sein. Ein Satz, den man nicht oft genug wiederholen kann. Zu oft haben wir in der Vergangenheit erlebt, wie Investoren ihre Interessen durchsetzen und die Stadt das Nachsehen hat. Dazu gehört auch eine stringente Linie, was das Thema bezahlbarer Wohnraum angeht. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass im Haushalt Mittel für die juristische Prüfung von städtebaulichen Verträgen eingestellt sind. Der Stadtgarten zwischen Layher-Areal und Altstadtrand verdient diesen Namen nicht. Er muss endlich realisiert werden und darf keinesfalls Aufstellfläche für die Baumaßnahmen beim Posta-

real werden. Und um es an dieser Stelle noch mal zu betonen: Wir haben die Pläne beim Postareal abgelehnt, da einerseits zu massiv gebaut werden soll und dazu die Andienung an der Eltinger Straße die verkehrliche Situation verschärft.

Mit Sorge sehen wir die Entwicklung des Leo-Centers. Der gravierende Wandel im Einzelhandel bedroht die Existenz des Ankermieters Galeria-Kaufhof. Bisher fehlt ein Konzept, wie wir mit diesem städtischen Innenraum umgehen wollen. Nach beinahe 50 Jahren Leo-Center wird es Zeit in eine Planung einzusteigen.

Wir befürworten einen autofreien Marktplatz, der die Qualität des historischen Marktplatzes enorm aufwertet.

Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans wollen wir als Fraktion voranbringen, gerade in Verbindung mit einem Leitbild für die Stadt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist seit Beginn der Corona Krise zurückgegangen, die aktuelle Krise hat diese Tendenz noch verschärft.

Unter anderem durch diese Entwicklung gerät auch unsere Demokratie in große Gefahr. Um dem entgegenzuwirken, kommt auch dem Sozialen und der Kultur eine große Bedeutung zu. Was können wir hier in unserer Kommune tun?

Belastungen für sozial benachteiligte Menschen entgegenwirken

Mit dem Teilhabepass unterstützen wir Personen und Familien mit geringem Einkommen. Berechtigte erhalten Ermäßigungen auf Leistungen wie z.B. Schulkindbetreuung oder auf Gebühren für städtische Einrichtungen. Aufgrund der geplanten Wohngelderhöhung wird es auch mehr Anspruchsberechtigte für den Teilhabepass geben, die Haushaltsansätze müssen noch mehr angepasst werden. Dazu stellen wir einen Antrag.

Zum anderen spielt auch das Thema bezahlbarer Wohnraum eine große Rolle. Wir fordern seit Jahren wie viele andere auch, dass die Stadtverwaltung die Verpflichtung von Bauträgern zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum umsetzt. So wie bei Pandion darf es keinesfalls mehr laufen.

Kultur als Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens

In den zwei Jahren der Coronakrise haben wir gesehen, was Isolation und fehlendes Sozial- und Kulturleben bewirken kann. Wir müssen alles dafür tun, unsere sozialen und kulturellen Einrichtungen vor Ort aufrecht zu erhalten.

Zwei Anträge stellen wir dazu im kulturellen Bereich:

Bauernhausmuseum in Gebersheim weiter untersuchen und sanieren

Zum einen für das Bauernhausmuseum in Gebersheim. Für uns steht das Bauernhausmuseum auf der Prioritätenliste der Baumaßnahmen oben mit dabei und nicht wie nun von der Stadtverwaltung signalisiert unter „ferner liefern“, da für 2023 keine Mittel eingeplant sind. Wir beantragen daher Mittel in den Haushalt einzustellen, damit im Jahr 2023 weitere Untersuchungen und Planungen gemacht werden und mit der Sanierung auch begonnen werden kann.

Kulturfabrik – Kulturstandort Steinstraße

Die alte Schuhfabrik soll zu einem Kulturzentrum umgebaut und nicht verkauft werden. Der Standort mit Schuhfabrik, Steinturnhalle und dem Platz davor eignet sich hervorragend als Ort für kulturelle Begegnungen, wie auch die Aktion „Zukunftsstätte“ gezeigt hat. Bei der Sanierung der Alten Schuhfabrik sollen auch die Möglichkeiten für Zuschüsse über Förderprogramme geprüft werden.

Weitere Anträge

- wir beantragen einen einmaligen Zuschuss im Jubiläumsjahr für den Eine-Welt-Laden
- Leonberg ist seit 10 Jahren Fairtrade Stadt, daher beantragen wir die Beschaffung nachhaltiger Büroartikel
- Um auf die Müllproblematik zu reagieren, beantragen wir die Aufstellung von Sammelbehältern für Pizzakartons
- Auf der Alten Autobahntrasse fehlt noch ein kleines Stück der Verbindung zwischen Breslauer Straße und dem Ende des neuangelegten Weges. Diese Lücke soll geschlossen werden
- Um die Problematik bei der Nutzung von Feldwegen entgegenzuwirken, sollen Informationsschilder mit dem Hinweis auf gegenseitige Rücksichtnahme aufgestellt werden.

- Zur Fläche des maroden Parkdecks der Georgii-Hallen stellen wir einen Antrag zur Überprüfung ob hier ein gemeinsam genutztes Schulgebäude erstellt werden kann
- Weiterhin haben wir den Anträgen eine Liste mit Einsparvorschlägen beigefügt

Meine Damen und Herren,

ich möchte nun auf weitere Themenbereiche eingehen

Förderung von ehrenamtlichem Engagement

In vielen Bereichen engagieren sich Ehrenamtliche. In den Vereinen, der Lokalen Agenda aber auch z.B. in der Kommission für Nachhaltige Mobilität. Diese wurde letzstens kurzfristig aus dem Sitzungskalender genommen. Wir finden, sie muss regelmäßig stattfinden. Aktuell sind viele Themen im Bereich nachhaltige Mobilität in der Entwicklung und Diskussion. Auch aus der Kommission sind wichtige Impulse dafür zu erwarten, sind doch dort fachkundige Bürger*innen vertreten, die sich in verschiedenen Initiativen engagieren. Deren Sichtweise muss im anstehenden Prozess auch im Hinblick auf die „Stadt für morgen“ ernst genommen werden.

Unterbringung von Flüchtlingen

Wir stehen zur Verantwortung der Unterbringung der Flüchtlinge. Bei der Suche nach Wohnraum muss das zuständige Amt schneller agieren und auch flexibler sein, was die Anforderungen der Vermietenden z.B. im Hinblick auf die Möblierung anbelangt. Der gesamte Prozess muss verschlankt werden. Bei der Bereitstellung von Unterkünften muss der Gemeinderat mehr in die Planungen einbezogen werden, hierzu wurden noch keine konkreten Beschlussvorlagen vorgelegt. Natürlich werden wir hier Geld in die Hand nehmen müssen, aber im gesamten Komplex des Haushaltes ist es immer noch ein geringer Teil. Es sollte daher nicht der Eindruck erweckt werden, dass die schlechte Lage des Haushaltes überwiegend mit diesem Thema zu tun hat.

Situation in der Stadtverwaltung

Die Entwicklungen in der Stadtverwaltung machen uns große Sorgen. Wir alle gemeinsam haben im Hinblick auf die derzeitigen Krisen viel zu tun. Es sollten deshalb keine Auseinandersetzungen geführt werden, die unnötig die Energie vergeuden, die eigentlich dringend für die anstehenden Themen benötigt wird. Hier erwarten wir von allen Personen professionelles Handeln. Zusammenhalt nicht Spaltung ist das Gebot der Stunde, wir stehen vor großen Herausforderungen.

Im Hinblick auf die Personalsituation in der Stadtverwaltung und die Fluktuation begrüßen wir, dass der Personalentwicklungsprozess fortgeführt wird und die Ergebnisse aus der Mitarbeitendenbefragung aufgearbeitet und umgesetzt werden.

Finanzen

Es ist vielleicht nicht besonders originell, jedes Jahr dieselben Worte für die Finanzlage zu wählen. Einer guten und weiter steigenden Einnahmesituation, insbesondere beim Anteil an der Einkommenssteuer, stehen überdimensionale Ausgaben gegenüber. Ein genehmigungsfähiger Haushalt kann nur durch die Entnahme aus Rücklagen und der weiter steigenden Verschuldung auf über 100 Millionen Euro erreicht werden. Ohne Gegensteuern sind die Rücklagen in 4 Jahren auf dem Minimum und das bei steigenden Zinsen für Darlehen.

Trotz diesen eher nüchternen Aussichten halten wir es für die richtige Entscheidung angesichts der globalen Situation nicht an der Steuer- und Gebührenschaube zu drehen. Konstante Hebesätze sind eine verlässliche Ansage. Die Vorbereitungen für eine mögliche Einführung der sogenannten Grundsteuer C, für unbebaute, untergenutzte Grundstücke, unterstützen wir, wozu es aber auch eines Leerstandskatasters bedarf.

Leitbild und Entwicklung der Stadt

Aber Maßnahmen im Hinblick auf die finanzielle Lage sind natürlich erforderlich. Der von uns geforderte und von allen für notwendig erachtete Prozess zur Entwicklung eines Leitbildes für die Stadt kommt leider nicht voran. Dringende Fragen wie: wohin soll sich die Stadt entwickeln, was ist für die Zukunft wichtig, müssen diskutiert und Ziele festgelegt werden. Wir müssen daher dringend an den Themen und Ergebnissen der Strategietagung im Mai dieses Jahres zur Stadtentwicklung und finanziellen Lage weiterarbeiten und daraus u.a. konkrete Handlungsfelder ableiten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Dank für die Aufstellung dieses umfangreichen Haushaltsentwurfes gilt der Verwaltung allgemein, insbesondere aber der Kämmerei.

Wir freuen uns auf konstruktive und gute Gespräche in den Haushaltsberatungen.